



Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Christoph Rabenstein, Diana Stachowitz, Margit Wild SPD**

**Konsequenzen aus der Anhörung „Weiterentwicklung der bayerischen Asylpolitik“ ziehen II
Sprachkurse als festes Angebot in allen Gemeinschaftsunterkünften etablieren**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, das bisher nur als Modell geführte Projekt „Deutschkurse für Asylbewerber“ als festes Angebot an jeder Gemeinschaftsunterkunft beziehungsweise Erstaufnahmeeinrichtung zu etablieren. Sie müssen so ausgestaltet sein, dass sie auch Analphabeten zum Spracherwerb verhelfen. Das Sozialministerium hat hier die Aufgabe, haupt- und ehrenamtliche Initiativen so zu koordinieren, dass keine Unterkunft in Bayern ohne Angebot bleibt.

Begründung:

Sowohl Sozialministerin Emilia Müller als auch alle Fachleute bestätigen, dass der Spracherwerb bei Asylbewerbern und Flüchtlingen eine wichtige Voraussetzung, sowohl für den weiteren Verlauf des Asylverfahrens als auch für die individuelle Lebensgestaltung von Flüchtlingen, ist. Bei der Anhörung zur „Weiterentwicklung der bayerischen Asylpolitik“ wurde vehement kritisiert, dass die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen. Das Modellprojekt wurde bisher bayernweit an 40 Standorten durchgeführt. Nach einer Mitteilung des Sozialministeriums soll das Programm auf 90 Standorte ausgeweitet werden. Tatsächlich gibt es jedoch 161 Standorte von Gemeinschaftsunterkünften in Bayern. Mit der Ausweitung sind demnach gerade mal 56 Prozent abgedeckt. Unabhängig von der flächendeckenden Versorgung muss es bei der Weiterentwicklung des Programms auch darum gehen, Analphabeten zum Spracherwerb zu verhelfen. Darüber hinaus muss für jede auch neu entstehende Unterkunft der Zugang zum Programm klar und transparent von Seiten des Ministeriums dargestellt werden.